

Mehr Mütter bekamen eine Kur genehmigt

Julia Emmrich

Berlin. In NRW werden überdurchschnittlich viele Mutter-Kind-Kuren genehmigt. 2008 wurde nur jeder fünfte Antrag von den Kassen zurückgewiesen. Bundesweit liegen die Zahlen deutlich höher.

Seit der Gesundheitsreform von 2007 gehören Mutter-Kind-Kuren zur Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenkassen. Die Zahl der Kuren steigt seitdem wieder an. Im letzten Jahr hatten insgesamt 47 000 Mütter mit 68 000 Kindern eine Mutter-Kind-Kur des Müttergenesungswerks genutzt. Das waren rund 30 Prozent mehr als vor der Reform. Der Anteil der Väter ist nach wie vor minimal: Rund 700 Väter gingen mit ihren Kindern in die Kur – das sind 1,5 Prozent.

„47 000 Mütter – das ist immer noch bloß ein Bruchteil von denen, die eine Kur bräuchten“, so Anne Schilling vom Müttergenesungswerk. Eine Studie des Familienministeriums hatte gezeigt, dass 2,1 Millionen Mütter und 140 000 Väter Bedarf für eine Kur hätten. „Wir erreichen nicht einmal jeden Zehnten.“ Grund: „Die meisten Frauen denken erst an eine Kur, wenn sie gar nicht mehr können.“

USA und EU einigen sich über Häftlinge

Luxemburg. Die Staaten der Europäischen Union und die USA haben sich auf Regeln zur Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen: Danach sind die Amerikaner einverstanden, alle Informationen über Gefangene zur Verfügung zu stellen – das schließt auch geheimdienstliche Erkenntnisse ein.

In der Europäischen Union können die Mitgliedstaaten frei entscheiden, ob sie Häftlinge aufnehmen wollen. Sie sind aber aufgrund der offenen Grenzen dazu verpflichtet, alle EU-Länder und Mitglieder des Schengen-Raumes über ihre Entscheidung zu unterrichten. Auch müssen sie alle Informationen untereinander auszutauschen. **kt**

Brüssel verlängert Piratenjagd

Luxemburg. Die Europäische Union macht noch bis mindestens Ende 2010 Jagd auf Piraten im Golf von Aden. Die EU-Außenminister verlängerten den bis Dezember befristeten „Atalanta“-Einsatz am Montag in Luxemburg um ein Jahr. Die EU ist seit gut sechs Monaten mit sechs bis sieben Kriegsschiffen vor der Küste des ostafrikanischen Staates Somalia im Einsatz. Ziel ist der Schutz von UN-Hilfstransporten nach Somalia und von Handelsschiffen. **afp**

4000 Babies durch Alkohol geschädigt

Hamburg. In Deutschland werden jährlich 4000 Kinder mit alkoholbedingten körperlichen und geistigen Schäden geboren. „Die meisten betroffenen Mütter kommen aus der Mittelschicht und wissen, dass man während der Schwangerschaft nicht trinken sollte“, sagte die Bundesdrogenbeauftragte Bätzing. Die Bundesärztekammer fordert ein Werbeverbot für Alkohol. **afp**

@ politik@waz.de

Politiker unterstützen Streik der Erzieherinnen

Rund 30 000 Teilnehmer bei Groß-Demonstration von Kita-Betreuerinnen. Tarifverhandlungen werden fortgesetzt



Mehrere tausend Kita-Erzieherinnen und Sozialarbeiter demonstrierten am Montag in Köln für eine Verbesserung ihrer Lage.

Foto: epd

Wo stecken die Polizeiwesten?

Bis zu 4700 schussichere Kleidungsstücke verschwunden. Ein Fall für den Rechnungshof, und andere Merkwürdigkeiten

Theo Schumacher

Düsseldorf. Mit dem Begriff „Bananenrepublik“ hantieren Politiker gern, um laxen Kontrollen und eine schludrige Finanzpraxis in fernen Ländern anzuprangern. Dabei klärt der Prüfbericht des NRW-Rechnungshofs regelmäßig darüber auf, wie sehr sich der Sittenverfall längst in landeseigenen Behörden festgesetzt hat.

Gestern lieferte Präsidentin Ute Scholle zwei besonders anschauliche Beispiele: Während das mit viel Getöse 2005 in Kraft getretene Antikorruptionsgesetz vielfach seine Wirkung verfehlt, ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Landesbedienstete wegen des Verdachts der Untreue. Es geht um schussichere Polizeiwesten, die bestellt und bezahlt wurden, aber nie ankamen.

Kampf der Korruption

Nachdem im Jahr 2000 bundesweit mehrere Polizisten im Dienst getötet worden waren, orderte das Innenministerium

„ballistische Unterziehschutzwesten“ in großem Stil. 30 000 Exemplare wurden für den Vollzugsdienst bestellt, um die Beamten besser gegen Schuss- und Stichverletzungen zu schützen. Die Westen zum Stückpreis von 1150 Euro sollten über die Zentralen Polizei-

»Das Vorgehen des Finanzministeriums schafft Intransparenz«

technischen Dienste (ZPD) beschafft werden.

Um die Polizisten möglichst schnell auszurüsten, wurden die Schutzwesten direkt an die Dienststellen geliefert. Wie viele und zu welchem Preis, konnten die Prüfer nicht mehr feststellen, als sie 2005 in den Behörden aufkufferten. „Viele Westen waren nachweislich nicht vorhanden“, so Scholle. Geht man vom schlimmsten Fall aus, so kamen 4700 Westen nie an. Schadenssumme: maximal 5,4 Millionen Euro. Der LRH kritisiert das „unge-

eignete“ Verfahren, nach dem die ZPD den Großauftrag bis zu einer Höhe von 40 Millionen Euro abgewickelt haben. Allerdings hieß es im Innenministerium, die Polizeidienste hätten selbst das Landeskriminalamt eingeschaltet.

Ob das Risiko der Korruption, für die im vorliegenden Fall ein Anfangsverdacht besteht, per Gesetz nachhaltig eingedämmt wird, muss nach dem gestrigen Bericht bezweifelt werden. „Die Vorgaben wurden vielfach nicht beachtet“, bilanzierte Scholle umfangreiche Prüfungen bei 27 Stellen des Landes. Ergebnis: nur fünf Stellen hatten eine Gefährdungsanalyse vorgenommen, obwohl dem eine „Schlüsselstellung“ im Kampf gegen Korruption zukomme.

Gegen die gesetzlich vorgeschriebene Rotation, bei der Bedienstete maximal fünf Jahre auf derselben Stelle eingesetzt werden sollen, wurde in den besonders korruptionsgefährdeten Bereichen „Haushalt“ und „Beschaffung“ in jedem zweiten Fall verstoßen.

16 Prozent der Beschäftigten saßen dort sogar länger als zehn Jahre. Sogar im Justizministerium wurden „Rotationszyklen“ nicht eingehalten. Lediglich zehn der geprüften 27 Behörden verfügten über eine Innenrevision. Indirekt kritisiert der LRH, dass oft auch die Leitungsebene präventive Maßnahmen gegen Korruption nicht aktiv unterstütze.

„Sehr ernst“ nannte Scholle Konflikte mit dem Finanzmi-

DER PROBLEMFALL

Landeshaushalt

Besonders kritisch sieht der Rechnungshof die Lage des Landeshaushalts, vor allem den neuen Höchststand der Gesamtverschuldung von 119,3 Milliarden Euro.

„Mit großer Sorge“ bewertet der LRH, dass die Konsolidierung des Etats durch die aktuelle Finanzkrise einen schweren Rückschlag erlitten habe.

nisterium. Ihr Vorwurf: Als das Land im Juni 2008 seine Anteile an der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) verkaufte, habe das Ministerium die Prüfer zu spät beteiligt und Unterlagen verweigert. Die Rechnung begleicht der Steuerzahler – denn eine fehlerhafte Kaufpreisquote, die der Rechnungshof nicht mehr beanstanden konnte, kostete den Haushalt 36,68 Millionen Euro, die zu wenig eingenommen wurden. „Wir hätten das Ministerium warnen können“, kritisiert Scholle.

Es war nicht die einzige Rüge, die die Präsidentin gestern Finanzminister Helmut Linsener (CDU) erteilte. So habe sein Haus im Oktober 2008 dem Rechnungshof sein in der Verfassung verankertes Prüfrecht bei der landeseigenen NRW-Bank verweigert. Scholle, ungewohnt hart, sieht darin eine „bewusste Missachtung des Gesetzes“. Ihr Fazit lautet: „Das Vorgehen des Finanzministeriums schafft Intransparenz und prüfungsfreie Räume.“

ORT DES TAGES

Im Westen

So viel ist sicher: Es wird eng heute Abend in der NRW-Landesvertretung in Berlin. An die 2500 Gäste sind angemeldet, die Landesregierung hat mal wieder zum „Fest des Westens“ geladen. Die Riesen-Party steht diesmal ganz im Zeichen des Ruhrgebiets, das im nächsten Jahr die Kulturhauptstadt Europas wird. Das spiegelt sich auch im kulinarischen Anteil des Abends wider. Die Küche übernimmt der FC Ruhrgebiet, eine Vereinigung von Top-Köchen aus dem Revier. Laut Ankündigung tischen die Küchenchefs nicht näher benannte „Ruhrgebiets-typische Spezialitäten“ auf. Currywurst? Pommes? Frikadelle? Egal. Hauptsache sie vergessen Ketchup und Mayo nicht. **W.B.**

DGB warnt vor Mangel an Lehrstellen

Christoph Meinerz

Düsseldorf. Vor einer neuen „Ausbildungsplatznot“ warnt der nordrhein-westfälische DGB-Chef Guntram Schneider. Bereits in diesem Jahr werde es in NRW mindestens zehn Prozent weniger Lehrstellenangebote geben als noch 2008, erklärte der Gewerkschaftschef in Düsseldorf. Angesichts mehrerer 10 000 jugendlicher in der Warteschleife sei dies eine dramatische Entwicklung. „Einige Experten gehen bereits von 15 bis 20 Prozent weniger Ausbildungsplätzen aus“, sagte Schneider. Deshalb müsse das Land zügig ein Sonderprogramm für Ausbildung starten, forderte der DGB-Vorsitzende. Zugleich dürfe nicht hingeworfen werden, dass Städte wie Hagen aus Kostengründen zeitweise ganz auf Ausbildung verzichten wollten: „Hier muss das Land eingreifen.“

Brüssel will Kinder besser schützen

Brüssel. Um Kinder besser vor Unfällen zu schützen, will die Europäische Union künftig einheitliche Standards für Schlösser an Fenstern und Balkontüren vorschreiben. Auch für Badewannensitze oder Badehilfen soll es neue Normen geben – dafür sprachen sich gestern die 27-EU-Mitgliedsstaaten in Brüssel aus. Im kommenden Jahr werden weitere Vorschläge für EU-weite Standards folgen, etwa für Hochstühle, Sitzhöher und Babybetten. **KT.**

Umstrittene Pius-Bruderschaft provoziert Rom

Die ultrakonservative Gruppierung beharrt auf der Weihe von neuen Priestern. Der Papst hatte das aber untersagt

Angelika Wölk

Essen. Vor wenigen Monaten hat die ultrakonservative Pius-Bruderschaft den Vatikan in eine schwere Krise gestürzt. Noch ist der Schaden längst nicht behoben, da provozieren die Traditionalisten Rom in scharfer Form. Kaum ein Tag vergeht, an dem sie sich nicht mit neuen Verbots-Missachtungen brüsten. Doch der Vatikan schweigt. Bischöfe erwarten ein klärendes Wort aus Rom.

Der Papst hatte im Januar weltweit Empörung ausgelöst, als er die Exkommunikation von vier Bischöfen der ultrakonservativen Pius-Bruderschaft aufhob. Einer von ihnen, Richard Williamson, leugnet den Holocaust. Die Traditionalisten erkennen das

Zweite Vatikanische Konzil nicht an, sie verurteilen die Religionsfreiheit und die Ökumene. Eine Erlaubnis zur Amtsausübung war mit der Aufhebung aber nicht verknüpft.

Doch die Pius-Bruderschaft missachtet das demonstrativ. Im vergangenen Monat weihte

Hoffen auf klare Antwort aus Rom

sie in Fulda eine neue Kapelle – ohne Erlaubnis des zuständigen Ortsbischofs, Heinz Josef Algermissen. Er hatte dies ausdrücklich untersagt. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, sieht den Vatikan am Zug. Er hoffe, dass eine klare Antwort komme, erklärte er. Doch noch während die Bischofskonferenz auf eine

Reaktion wartet, schaffen die Traditionalisten neue Fakten. Der Obere der Gruppierung, Bischof Bernard Fellay, soll in Frankreich einen jungen Mann zum Priester geweiht haben, behaupteten sie im Internet. Für den 27. Juni planen sie im bayerischen Zaitzkofen weitere Weihen. In den USA und in der Schweiz sind ebenfalls Priesterweihen geplant.

Die Bruderschaft behauptet herausfordernd, Rom habe bei der Aufhebung der Exkommunikation „nicht das Einstellen der Weihehandlung“ gefordert. Der Papst jedoch hatte noch in seinem Brief zu der Affäre um die Piusbrüder im März klargestellt: „Solange die doktrinellen Fragen (Grundsatzfragen, d. Red.) nicht geklärt sind, hat die Bruderschaft keinen kanonischen (rechtli-

chen, d. Red.) Status in der Kirche und solange üben ihre Amtsträger, auch wenn sie von der Kirchenstrafe frei sind, keine Ämter rechtmäßig in der Kirche aus.“



Thomas Söding, Professor für Biblische Theologie in Bochum.

Eingeschritten ist er aber bisher nicht. Für Thomas Söding, Professor für Biblische Theologie an der Ruhruniversität Bochum, keine Überraschung. „Der Vatikan reagiert nicht wie eine Parteizentrale. Sie machen das Spiel nicht mit, dass sie im Minutentakt Dementis verbreiten“, sagte er dieser Zeitung. Dennoch habe der Papst mit der Kurienreform auf die Traditionalisten reagiert. Statt der Kommission „Ecclesia Dei“ wird die mächtige Glaubenskongregation künftig mit der Bruderschaft verhandeln. Der Wissenschaftler sieht allerdings nicht nur Rom, sondern auch die katholische Öffentlichkeit gefordert. „Zum Teil ist das ja auch schon geschehen.“ Bischöfe, Fakultäten und Katholiken müssten jetzt Druck machen.

KOMMENTAR

Wie ein Spielball

Die ultrakonservative Pius-Bruderschaft treibt Rom wie einen Spielball vor sich her. Sie demonstrieren triumphierend: Der Papst hat die Exkommunikation aufgehoben, jetzt haben wir das Heft des Handelns wieder in der Hand – mögen die Bischöfe auch noch so laut protestieren. Die radikale Gruppierung fährt eine unerträglich üble Strategie. Einhalt kann ihnen aber nur der Vatikan gebieten. Dass Rom aber schweigt, ist ebenfalls schwer erträglich. Hier ist ein klares Wort fällig – und zwar, bevor die Priester geweiht sind. **Angelika Wölk**